

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch



LONDON

Cameron kündigt hartes Vorgehen an

Angesichts steigender Zuwanderung nach Grossbritannien hat Premierminister David Cameron ein hartes Vorgehen gegen illegale Einwanderer angekündigt. Wer illegal nach Grossbritannien komme und arbeite, dessen Lohn werde künftig beschlagnahmt. Vermieter sollen künftig noch strikter verpflichtet werden, die Einreisepapiere ihrer ausländischen Mieter zu prüfen. «Unkontrollierte Einwanderung kann unseren Arbeitsmarkt schädigen und zum Sinken von Löhnen führen», sagte er. (sda)

BERN

Kantone einigen sich bei Finanzausgleich

Beim Seilziehen um die Beiträge für den nationalen Finanzausgleich (NFA) zeichnet sich eine Lösung ab. Die Kantone haben einem Kompromiss der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zugestimmt. Konkret schlägt die KdK vor, die NFA-Beiträge für die Periode 2016 bis 2019 um insgesamt 165 Millionen Franken zu kürzen. Das ist die Hälfte dessen, was der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Dabei soll der Beitrag des Bundes um 98 Millionen Franken sinken. Der Anteil der NFA-Geberkantone würde um 67 Millionen Franken verringert. (sda)

ZÜRICH

Rückläufige Logiernächte im Tourismusjahr 2015

Der starke Franken und der Rückgang bei den russischen Gästen drücken in diesem Jahr auf die Übernachtungszahlen. Die Anzahl der Logiernächte wird um 0,6 Prozent zurückgehen. Doch das Tourismusjahr 2016 wird besser. Die Anzahl der Logiernächte wird im kommenden Jahr um 0,8 Prozent steigen. Zu diesem Schluss kommen die Experten der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich. Bereits in der vergangenen Wintersaison

hat sich die Aufwertung des Fränkens gezeigt. Die Sommersaison wird gemäss Prognosen nicht besser. (sda)

APPENZEL

Innerrhoden ist die «Landschaft des Jahres»

Morgen erhält Appenzell Innerrhoden von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz die Auszeichnung «Landschaft des Jahres». Der Erhalt der traditionellen Streusiedlungen ist Ziel des Baugesetzes, das in der Begründung für die Auszeichnung viel Lob erhält. In der Begründung der Stiftung findet sich die Erklärung für die besondere Siedlungsstruktur ausserhalb der Bauzonen: Die Häuser stehen nicht zufällig an ihrem Platz, sondern dort, wo eine Existenz für eine Familie möglich war. (sda)

KUALA LUMPUR

Hilfe für Flüchtlinge in Südostasien läuft an

Für Tausende in Südostasien auf hoher See vermutete Flüchtlinge naht Rettung: Marineschiffe aus Malaysia und Indonesien suchen aktiv nach den überfüllten Flüchtlingsbooten, um die Menschen zu retten. «Ich habe Such- und Rettungsmissionen angeordnet. Wir müssen Todesfälle verhindern», twitterte Malaysias Regierungschef Najib Razak. (sda)

Bundesrat will nichts wissen von einem «Vatertag» pro Woche

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dem Bundesrat wichtig. Von einer schweizweiten Regelung für eine Pensumreduktion bei Geburt sieht er aber ab.

von Rinaldo Tibolla

Dem Bundespersonal steht das Recht zu, nach der Geburt seines Kindes das Arbeitspensum um bis 20 Prozent zu reduzieren, wenn es dadurch nicht unter 60 Prozent fällt. Eine Verordnung des Bundesrats, eingebracht von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, hatte dies 2013 überhaupt erst möglich gemacht – bislang nur für die Bundesverwaltung. Eine Zustimmung des Chefs ist nicht nötig. Am Mittwoch hatte der Bundesrat anhand eines Berichts zur Familienpolitik über eine schweizweite Ausdehnung dieser Verordnung und weitere Massnahmen diskutiert. Beschlossen hat er, die Kinderbetreuung finanziell zu fördern (siehe Kasten). Von einem Rechtsanspruch auf die 20-Prozent-Pensum-Reduktion hat er aber abgesehen. An der gestrigen Medienkonferenz erläuterten Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Innenminister Alain Berset den Entscheid des Gesamtbundesrats. «Wir

sind zum Schluss gekommen, dass es für kleine und mittlere Unternehmen schwierig wäre, solche Garantien zu gewährleisten. Wir wollen diese Idee deshalb im Moment nicht weiterverfolgen», sagte Berset. In einer grossen Verwaltung wie beim Bund sei eine Pensumreduktion bei Geburt einfacher umzusetzen als in kleinen Betrieben, erklärte Widmer-Schlumpf. Beide Bundesräte betonten aber, dass auch grosse Unternehmen in der Privatwirtschaft mit gutem Beispiel vorangingen.

CVP-Bundesrätin als Verhinderin?

Ein Entscheid für eine schweizweite Umsetzung wäre eine Überraschung gewesen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage hätte es sehr viel Mut verlangt. Aber offenbar hätte gar nicht viel gefehlt. Treibende Kraft für die Idee ist SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga (Artikel vom 18. Mai). Parteikollege Berset und Initiatorin Widmer-Schlumpf hatte sie auf ihrer Seite. Wie die «Südostschweiz» nun aus verlässlicher Quelle erfahren hat, trat CVP-Bundesrätin Doris Leuthard auf die Bremse. Die Ver-

treterin jener Partei, die sich als «Familienpartei» brüstet. Sie spielte das Zünglein an der Waage. Die ablehnende Haltung beider FDP-Bundesräte und des SVP-Bundesrats war klar.

Gerade im Bericht verweist der Bundesrat darauf, dass es eigentlich gleich zwei Verfassungsgrundlagen für einen wöchentlichen «Vatertag» zu Hause gäbe. Auch von einer Ausnahmeregelung von kleinen Unternehmen ist die Rede. Ebenfalls wird die Voraussetzung erwähnt, dass vor allem Väter den Rechtsanspruch geltend machen müssten. Dass eine Nachfrage durchaus besteht, zeigt eine interne Auswertung des Bundes zur Regelung von Juli 2013 bis Dezember 2014 – die der «Südostschweiz» dank dem Öffentlichkeitsprinzip vorliegt (siehe Tabelle). Vor allem männliche Kader haben ihr Pensum reduziert.

Aufgegeben ist die Idee aber noch nicht. Wie Berset erläuterte, werde es «in den nächsten Jahren sicherlich die Gelegenheit geben», die Angelegenheit nochmals zu prüfen. Dann mit noch aussagekräftigeren Zahlen aus der Bundesverwaltung.



Rücksicht auf die kleineren und mittleren Unternehmen: Eveline Widmer-Schlumpf und Alain Berset mussten sich im Bundesrat offenbar einer Gegner-Mehrheit beugen.

Bild Peter Schneider/Keystone

100 Millionen für die Kinderbetreuung

Der Bundesrat will Familien mit Kindern unterstützen, aber nicht mit Steuergutschriften, reduzierten Arbeitspensum oder einem Kindergeld. Er hat gestern beschlossen, sich auf das politisch Machbare zu konzentrieren und **Betreuungsangebote für Kinder zu fördern. Dafür will er für acht Jahre 100 Millionen Franken zur Verfügung stellen.**

Erst letztes Jahr hatte das Parlament die Starthilfe für Krippen und Tagesschulen um vier Jahre verlängert und dafür 120 Millionen Franken gesprochen. Diese Förderung sei erfolgreich, habe aber Lücken, erklärte Bundesrat Alain Berset gestern. **So deckten die vorhandenen Plätze nicht immer die Bedürfnisse der Eltern, es fehle an Angeboten ausserhalb der Schulstunden.**

Daher soll die zusätzliche Förderung nicht in erster Linie zur Schaffung neuer Plätze führen, sondern zu mehr Qualität. **Wie den Bedürfnissen der Eltern besser Rechnung getragen werden kann, sollen die Kantone entscheiden.** Als weiteren Mangel des laufenden Programms hat der Bundesrat die hohen Kosten für die Kinderbetreuung ausgemacht. Das führe dazu, dass es sich für Eltern oft nicht lohne, mehr zu arbeiten, so Berset. (sda)

Anzahl einseitig eingeforderter Pensum-Reduktionen beim Bund

	EDA ¹⁾		EDI ²⁾		EJPD ³⁾		VBS ⁴⁾		EFD ⁵⁾		WBF ⁶⁾		UVEK ⁷⁾		Total	
	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m
Lohnklasse 1-23																
Reduktion um 10%	0	2	2	3	2	1	1	1	2	4	3	1	1	1	11	13
Reduktion um 20%	4	0	4	2	0	3	3	5	9	4	4	0	1	1	25	15
Lohnklasse 24-29 (Kader)																
Reduktion um 10%	1	2	2	2	0	2	1	2	1	1	3	2	3	3	11	14
Reduktion um 20%	1	2	4	0	1	10	0	3	5	3	7	3	1	4	20	25

Quelle: Eidgenössisches Personalamt (EPA), Grafik: suedostschweiz.ch

Bleiben Sie tagsüber auf dem Laufenden

Über die Kanäle der Südostschweiz (Twitter, Facebook und Online) sind Sie stets gut informiert und unterhalten.



Twitter
@suedostschweiz



Facebook
Südostschweiz



Online
suedostschweiz.ch